

**Stellungnahme zur Anhörung der Enquetekommission 17.8.2012  
„Aktivierung und Orientierung durch politische Bildung“**

**Anrede,**

ich bedanke mich herzlich für die Einladung zu der heutigen Sitzung und für die Möglichkeit zu denjenigen Aspekten der politischen Bildungsarbeit Stellung nehmen zu können, die die Fragestellungen und Ziele dieser Enquetekommission berühren. Themen, die wir vor kurzem auch mit Frau Schellhammer und Frau Kohnle-Gros in einer Sitzung des **Landesarbeitsausschusses für politische Bildung** erörtert haben.

Zur Konzeption und zur Arbeit der Landeszentrale als dem staatlich verantworteten Zweig der non-formalen (außerschulischen, nicht auf Abschlüsse und Zertifikate hin orientierten) politischen Bildung in Rheinland-Pfalz liegt Ihnen in dem Bericht der Landesregierung zur heutigen Sitzung eine ausführliche Darstellung vor. Zudem habe ich ja auch eine etwas ausführlichere schriftliche Fassung meiner Stellungnahme zu den Leitfragen der Anhörung eingereicht. Deswegen möchte ich mich in der gebotenen Kürze des Zeitrahmens auf einige wenige Thesen und Feststellungen beschränken.

**Drei grundsätzliche Bemerkungen vorweg**, die aus meiner Sicht notwendig sind, um die Erwartungen an politische Bildung auch nicht zu überfrachten:

- Die Informationsangebote und Projekte der Landeszentrale, aber auch ihre Kooperationen mit einer Vielzahl von Partnern im Land, vermitteln – immer zunächst auf die Zielgruppe der Multiplikatorinnen und Multiplikatoren bezogen - Kenntnisse, die Orientierung ermöglichen und im Sinne einer lebendigen Demokratie zum Engagement befähigen und ermutigen sollen. „Orientierung“ ist **Inhalt und Mittel** im Sinne von qualifiziertem und gleichzeitig qualifizierendem Orientierungswissen, Demokratiekompetenz und Partizipationsfähigkeit. „Aktivierung“ ist Ziel emanzipatorischer politischer Bildung. **Informierte kritische Einmischung der Bürgerinnen und Bürger ist Kernbestandteil unseres Demokratieverständnisses.**
- Wir orientieren uns zwar am Gebot der „Kontroversität“ (Beutelsbacher Konsens 1977), haben aber einen überparteilichen Auftrag, der insbesondere unsere Möglichkeiten im Bereich interventionistischen Demokratielernens und -erfahrens durch Anstiften zum Einmischen in ganz konkreten Entscheidungs- und Konfliktsituationen einschränkt.
- Außer- bzw. nachschulische politische Bildung baut wesentlich auf Wissen und Kenntnissen der normativen Grundlagen und politischer und administrativer Strukturen und Prozesse sowie Einstellungen auf, die neben dem Elternhaus vor allem durch schulische politische Bildung vermittelt (oder nicht vermittelt) worden ist.

**Zu Frage 1: Erfahrungen mit dem Thema Bürgerbeteiligung**

---

- Im Vordergrund der politischen Bildungsarbeit der Landeszentrale durch Publikationen, Informationen, Veranstaltungen und Projekten steht **die Vermittlung von qualifiziertem und qualifizierendem Orientierungswissen** zu Strukturen, Prozessen und Gegenständen politischer und administrativer Entscheidungen; aber auch die Vermittlung von Wissen zu den Instrumenten und Möglichkeiten von bürgerschaftlicher Beteiligung.

- Zur **Beteiligung an Wahlen** auf den unterschiedlichen politischen Ebenen der repräsentativen parlamentarischen Demokratie als der originärsten und systemimmanentesten Form von Bürgerbeteiligung anzuregen und informative Zugänge zu den zur Entscheidung stehenden Themen zu vermitteln, hat für die Landeszentrale traditionell einen hohen Stellenwert. Dabei haben sich in den letzten Jahren neue, internetbasierte niederschwellige Angebote wie der Wahl-o-Mat bewährt.
- **Bürgerbeteiligung selbst ist inhaltlicher Gegenstand politischer Bildung.** Die Analyse, Reflexion und Diskussion der verschiedenen Formen der Bürgerbeteiligung, ihrer Folgen für die Inhalte von Entscheidungen und die Repräsentanz von unterschiedlichen Interessen, ihre Rück- und Wechselwirkungen mit den Institutionen der repräsentativen Demokratie waren in den letzten Jahren zentraler Gegenstand von großen Veranstaltungen der Landeszentrale. Die Liste der Themen unserer entsprechenden Veranstaltungen und Projekte liegt ihnen vor.

## **Zu Frage 2: Möglichkeiten der Weiterentwicklung**

---

1. **Möglichkeit zur Weiterentwicklung ist die Aktivierung bildungs- und partizipationsferner Gruppen.** Eines der größten Probleme bei Formen direkter Demokratie und bei der Beteiligung der Bürger/Innen an Planungs- und Entscheidungsprozessen ist ein „**participation bias**“, die Unterrepräsentation sozial schwächerer und bildungsfernerer Gruppen und Schichten, deren Interessen in solchen Prozessen dadurch kaum berücksichtigt werden. Hier kann politische Bildung im Sinne von Aktivierung – unabdingbar in der Schule beginnend – vorausgehend und begleitend Knowhow vermitteln zur Definition eigener Interessen und zu ihrer Artikulation. Hier steckt politische Bildungsarbeit aber erst noch in den Anfängen.
2. **Möglichkeit zur Weiterentwicklung ist Demokratie als Beteiligungsprojekt in der Schule: Handlungsorientierung für Schüler/Innen.** Wenn lange nachwirkend politische Einstellungen bereits in einem frühen Stadium von Kindheit und Jugend sozial differenziert geprägt werden, dann muss Schule ganz vorrangig neben einem zu verstärkenden Anteil **schulischer politischer Bildung** – zumindest – versuchen, in einem ausgeweiteten Sinne von politischer Bildung sich als sozialer und nicht nur kognitiver Lernort für Demokratie zu verstehen und zu organisieren: Demokratie leben und lernen in der Schule.
3. **Möglichkeit zur Weiterentwicklung ist, die Bürgerbeteiligung auf europäischer Ebene zu fördern.** Beim Thema Bürgerbeteiligung wird bisher – zumindest in der deutschen Debatte – die europäische Dimension politischer und administrativer Entscheidungen noch viel zu wenig berücksichtigt. Hier den Bürgerinnen und Bürgern im Dickicht der komplexen Strukturen der EU Wege für eine europäisch-bürgerschaftliche Interessenvertretung und Beteiligung an Entscheidungen zu zeigen, z.B. das neue Instrument der Europäischen Bürgerinitiative zu popularisieren, halte ich für eine der größten Herausforderungen.

## **Zu Frage 3: Herausforderungen**

---

1. **Herausforderung ist, Einschränkungen bewusst machen:** Politische Bildung hat immer auch zu gewärtigen, dass „Bürger“-Beteiligung außerhalb der repräsentativen Strukturen offenkundig auch politische, bildungsmäßige, ökonomische und soziale Ungleichheit widerspiegeln und vertiefen kann. Und: (siehe z.B. Stuttgart 21) Beteiligung und Einmischung von Minderheiten kann in einem demokratischen System, das Minderheiten zwar in gewissem Umfang schützt, aber auf dem Mehrheitsprinzip aufbaut, immer auch zu Unzufriedenheit und Enttäuschung und letztlich zur Entfremdung von Demokratie führen.

**2. Herausforderung ist m.E., politische Akteure und Entscheidungsträger für Beteiligung und Transparenz zu sensibilisieren.** Die Aktivierung für Bürgerbeteiligung ist in hohem Maße von positiven Erfahrungen im Umgang mit den Instrumenten der Beteiligung und den Adressaten, also den politischen und administrativen Entscheidungsträgern abhängig. Diese müssen sensibilisiert und motiviert werden für frühe Beteiligung von Bürger/Innen in einem weiten Sinn von Betroffenheit. Das erfordert selbstverständlich darüber hinaus auch neue Formen transparenter Planungs- und Entscheidungsprozesse. Neben den Bürger/Innen müssen also auch Politik und Bürokratie als Zielgruppen politischer Bildung bzw. von Aktivierung zur Beteiligung ins Auge gefasst werden. Bürgerbeteiligung muss von den Entscheidungsträgern als angemessener Ausdruck demokratischer Lebensform einer Gemeinschaft von immer selbstbewusster werdenden Individuen gewollt werden.